

PRESSESTIMMEN

VERHANDLUNGEN USA – RUSSLAND

THE TIMES

„Zuckerbrot“ Der Westen verfolgt zwei Hauptziele: eine weitere Invasion in der Ukraine verhindern und diesen Moment der Geschlossenheit zur Stärkung der europäischen Sicherheit nutzen. Damit diese Ziele erreicht werden können, muss Putin etwas mit nach Hause nehmen können. Das Grundkonzept der NATO schließt eine rechtliche Garantie aus, wonach die Ukraine und Georgien nicht aufgenommen werden dürfen. Es könnte jedoch zugesichert werden, dass dies unwahrscheinlich ist – ein Zuckerbrot, das die angedrohte Peitsche der Sanktionen begleitet.

Times, London

De Telegraaf

„Neu“ Putin ist auf eine Neuverteilung der Einflussphären in Europa aus und er versucht, die Geschichte zurückdrehen. Das ist für den Westen nicht hinnehmbar.

De Telegraaf, Amsterdam

KALENDERBLATT



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

11. Jänner

1922: Ein an fortgeschrittenem Diabetes leidender 14-Jähriger wird in Toronto als erster Patient mit Insulin behandelt und gerettet.

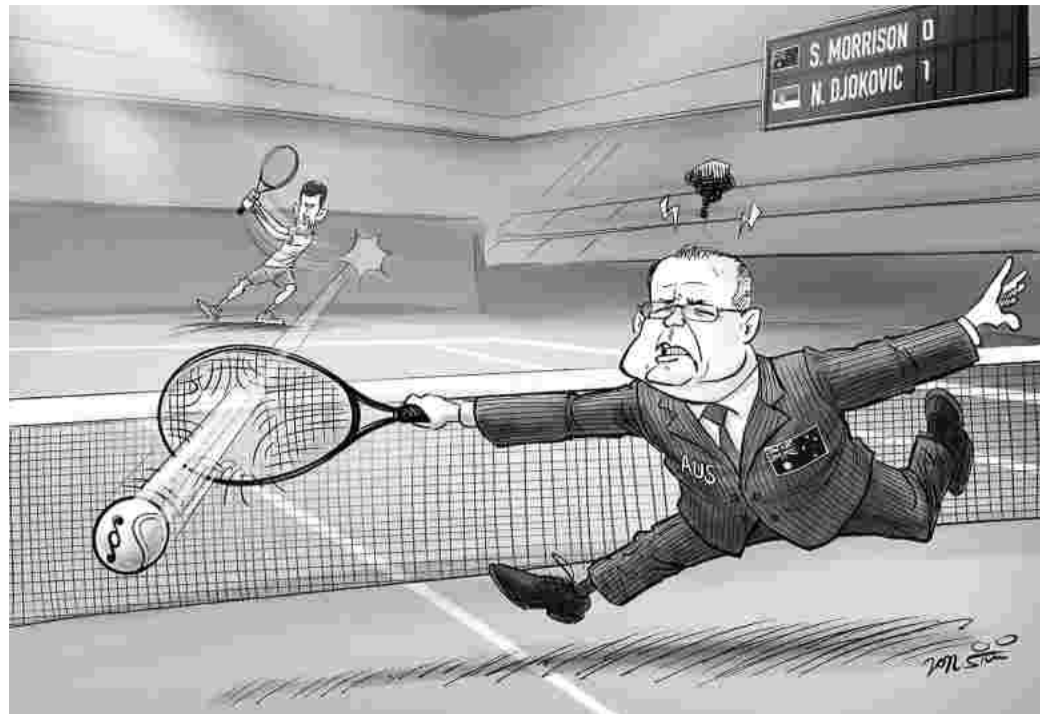
1997: In einer bis zum nächsten Tag dauernden Sitzung beschließt die Koalition, dass die CA zur Gänze an die Bank Austria gehen soll.

2007: Das erste Kabinett von Neobundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) wird angelobt.

2017: Nach jahrelangen Bauverzögerungen und enormen Kostensteigerungen eröffnet in Hamburg die **Elbphilharmonie** (Bild) als neues Wahrzeichen der Stadt.

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 19 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Tennis als Politikum

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

JANE CAMPION

Ein Champion namens Campion

VON HELMUT ATTENERER

Es war im Jahr 1970, als die damals 16-jährige Elizabeth Jane Campion in einem Kino in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington zwischen ihren Eltern im Kino saß. Man sah Luis Bunuels „Belle de Jour“, und Jane war fortan dem Genre verfallen. „Mein Geist ging auf wie ein Ballon von neuen Vorstellungen davon, wie Menschen sein konnten“, sagte sie einmal über dieses Erweckungserlebnis.

Dieser Ballon ist nie geplatzt, er ist immer weiter aufgegangen, bereichert um die eigenen Vorstellungen. Jane Campion absolvierte eine Regieausbildung in Australien, begann Drehbücher zu schreiben und mit ihrer Super-8-Kamera kleine Filme zu produzieren. Die Bildsprache, die außergewöhnlichen Themen, der gewaltige, bisweilen schmerzhaft Grenzgang zur Brutalität des Wahrhaftigen hebt die heute 67-Jährige bis heute von der Masse ab.

Bereits ihre zweite Produktion – „Orangenschalen“ – brachte ihr 1986 in Cannes die Goldene Palme für den besten Kurzfilm. 1993 gelang ihr mit „Das Piano“ ein Welterfolg. 30 Auszeichnungen heimste das Epos über die Beziehung einer stummen Frau, ihrem Ehemann und ihrem Geliebten in der neuseeländischen Wildnis ein. Campion wurde dafür als erst zweite Frau für einen Regie-Oscar nominiert – und gewann die begehrte Trophäe für ihr Drehbuch. 2019 wurde „Das Piano“ zum besten Film einer Regisseurin gewählt.

Ihr aktueller Film „The Power of the Dog“ wandelt auf ähnlichen Pfaden. Gestern wurde das aktuelle Werk von Jane Campion bei den Golden Globes mit Preisen für den besten



Golden-Globe-Gewinnerin Jane Campion Foto: APA

Film, die beste Regie und den besten Nebendarsteller (Kodi Smit-McPhee) ausgezeichnet. Zuvor gab es für das Westerndrama nach dem gleichnamigen Roman von Thomas Savage den Goldenen Löwen bei den Filmfestspielen in Venedig. Für die Verleihung der Oscars am 27. März ist der Streifen somit ein heißer Tipp.

Jane Campion war von 1992 bis 2001 mit dem Regisseur Colin Englert verheiratet. Sohn Jasper starb nach nur zwölf Tagen, die gemeinsame Tochter Alice Englert ist Schauspielerin.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON DIETMAR MASCHER



Der Bankomat und der Ortskern

Es ist keine Überraschung, dass die Bargeldbehebungen von Bankomaten in den vergangenen zwei Jahren deutlich abgenommen haben. In der Pandemie haben die Kunden mehr online bestellt und bezahlt. Generell nimmt die Zahlung mit Karte oder Handy zu. Diese Entwicklung wird noch weitergehen.

Dass Banken nun überlegen, nicht nur Filialen zu schließen, sondern auch Geldautomaten abzubauen, ist daher nicht überraschend, und ob der im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hohen Dichte an Bankomaten grundsätzlich kein Problem. Im Jahr 2015 war Österreich bei einem Vergleich Bankomaten-

Weltmeister mit 1600 Automaten je eine Million Einwohner (fast doppelt so viele wie in Frankreich).

Das Problem sind allerdings die Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohn-



Undenkbar? Eine Gemeinde ohne Bargeldversorgung?

ern. Dort werden Bankomaten zunehmend unrentabel. Verschwindet dort der einzige Bankomat, wird die Versorgung mit Bargeld kompliziert. Vor allem für die älteren und weniger technikaffinen Menschen, die nicht nur mehr mit Bargeld zahlen, sondern auch nicht so mobil sind.

Dass die Banken einen Kostenbeitrag von den Gemeinden begrüßen würden, damit der Automat weiter betrieben werden kann, leuchtet aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen ein. Ebenso, dass die Gemeinden das verweigern, weil sie nicht alles fördern können und wollen. Sie mussten zum Teil schon die Post-Dienste übernehmen, weil sich kein privater Post-Partner mehr in der Gemeinde fand.

Eine Gemeinde ohne Kirche, Pfarrer, Wirtshaus, Post, Bäckerei, Fleischhauer und/oder Greißler, Fußballplatz sowie Bank stirbt. Die Plätze für Zusammenkünfte, den Austausch von Meinungen sind der Dünger für ein geistliches Zusammensein. Das gilt auch für Arbeitgeber, Bildungseinrichtungen und Kindergärten. Es kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass die Landgemeinden zu Schlafstätten für Pendler werden, die über mittelmäßig ausgebaute Internetverbindungen online einkaufen. Ohne ein Mindestmaß an Infrastruktur für soziale Interaktion wird aber genau das passieren. Eine Gemeinde ohne bürgernahe Bargeldversorgung wäre ein weiterer Mosaikstein in einem verödenen Ortsbild.

✉ d.mascher@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Taschendieb der kleinen Leute

Inflation ist nicht neutral, sie bestraft vor allem wenig begüterte Menschen über die sinkende Kaufkraft des Einkommens. Inflation wird deshalb auch gerne als „Taschendieb der kleinen Leute“ bezeichnet und wirkt wie eine degressive Steuer.

Das heißt, die relative Belastung sinkt mit steigendem Einkommen, da in einkommensschwachen Haushalten die lebensnotwendigen Ausgaben (Wohnen, Heizen oder Essen) einen größeren Teil der Haushaltsausgaben ausmachen als bei Wohlstand.

Die mit steigender Inflation verbundene Erhöhung der Ungleich-

heit müsste eigentlich dazu führen, dass Parteien, denen die Sozialpolitik besonders am Herzen liegt, eine stramme antiinflationäre Haltung einnehmen. Man will ja schließlich die Kaufkraft der Ärmern schützen.

Die fixe Ankoppelung der Löhne an die Preisentwicklung, wie von Gewerkschaften gefordert, ist dabei eine Maßnahme, um die Symptome zu lindern, ein Allheilmittel ist sie aber nicht. Solche Mechanismen können in weiterer Folge unkontrollierbare Lohn-Preis-Spiralen auslösen, was das Problem gar noch verschärfen kann. Zu beobachten ist derweil eine politisch oft

befremdliche Verharmlosung der Inflation. Stellvertretend dafür steht der bekannte Spruch des früheren sozialdemokratischen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, ihm seien fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.

So ist der politische Aufschrei mancherorts nun sehr laut, wenn Notenbanken sich anschicken, die monetären Zügel zu straffen, um die steigenden Inflationsraten zu bekämpfen. Es heißt, es brauche weiterhin viel neues Geld, man dürfe keinesfalls die Konjunktur abwürgen. Zurzeit lässt sich gnadenlos verfolgen, wie die einzelnen

Themen systemisch zusammenhängen. Aufgrund der immensen Staatsverschuldung südeuropäischer Länder zögert die Europäische Zentralbank (EZB), die wegen der erhöhten Inflationsraten notwendige Straffung der Geldpolitik zu beschließen.

Eine echt werterhaltende Sozialpolitik für die Ärmern beginnt aber geradezu bei einer konsequent antiinflationären Politik auf der Basis einer disziplinierten Finanzpolitik und strengen Schuldengrenzen. Damit würde man die EZB erst gar nicht in die prekäre Entscheidungssituation bringen, in der sie sich nun befindet. Ein

Hochschnellen öffentlicher Schulden ist daher stets mit dem Risiko hoher Inflation verbunden – auch wenn es lange dauern kann, bis es wie gerade jetzt offensichtlich schlagend wird.

Getreu ihrem sozialen Anspruch müssten wahrhaftig sozialorientierte Parteien nicht jetzt aufgeregt die Symptome der Inflation, sondern weitsichtig deren Ursachen vorneweg bekämpfen. Nur das würde dem ungerechtesten aller Taschendiebe tatsächlich das Handwerk legen.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Assetmanagement an der JKU.